











1. Zusammenfassung und Trends

Akteur	Kurzübersicht	Trend		
Koalition (CDU, CSU, SPD)	Die Regierungskoalition bleibt weiter gespalten . Die Meinungsverschiedenheit in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Tabakwerbeverbot wurde noch nicht beigelegt. Die SPD beharrt weiter auf dem Verbot , Befürworter der E-Zigarette werden jedoch etwas sichtbarer (z.B. MdB Marcus Held). Dies wird aber keinen (kompletten) Schwenk in der SPD erwirken. Heated Tobacco gerät derzeit in den Fokus der Kritiker. Hier gilt es dessen Wettbewerbsvorteile zu mindern und gleichzeitig negative Spillover-Effekte zu vermeiden.			
Opposition (B90/Die Grünen, Die Linke)	Auch in der Opposition ist keine Veränderung der Lage zu erkennen.			
Bundesrat, Bundesländer	Bislang befassen sich die Bundesländer nicht weiter mit der E-Zigarette – zumal Impulse aus Bundesregierung und -tag fehlen. Jedoch wird mit der Nichtraucherdebatte ein Landesthema angeschoben, mit dem die Länder plakativ ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen können. Denkbare Trendwende: Einige Länder haben Konsumverbote analog zu Tabak – diese Herangehensweise könnte sich ausweiten.			
Verwaltung	Die Ministerialverwaltung bleibt bei ihrem Kurs und verfolgt die E-Zigarettenregulierung weiter. Das BMEL fasst weiterhin das Mentholverbot ins Auge . Durch die Positionierung der Bundesminister Schmidt (BMEL) und Gröhe (Gesundheit) in den letzten Wochen besteht ohnehin ein gewisser Zugzwang für die Administration, Handlungsfähigkeit zu demonstrieren.			
Fachcommunity	Positiv- und Negativmeldungen halten sich in etwa die Waage. Jedoch bringen Kritiker verstärkt das Issue Passivdampfen/-rauchen auf die Agenda . Da es sich vor allem um staatliche Stellen handelt, kommt ihnen mehr Gewicht zu. Die IRK-Stellungnahme bestätigt Kritiker in ihrem Vorgehen. Damit zeichnet sich eine weitere Konfliktlinie für 2017 ab.			
Legende Tendenzen in Relation zu den Zielen des BFTG.	 Sehr positiv (Belange werden berücksichtigt)  Positiv	 Neutral, bzw. Trend ↑ oder ↓	 Negativ	 Sehr negativ (Krise)

2. Meldungen

2.1. Bundesregierung und Bundesministerien, nachgelagerte Behörden

Datum: 14.12.2016, 11.12.2016

Meldung: Das BMEL tendiert weiter zu einem Mentholverbot (2. ÄndV TabakerzV). Eine Beendigung des Gesetzgebungsprozesses im Frühjahr 2017 ist im Bereich des verwaltungstechnisch machbaren.

Bundesdrogenbeauftragte Marlene Mortler (CSU, MdB) fordert höhere Steuern für iQOS. iQOS wird derzeit als Pfeifentabak versteuert, der deutlich günstiger behandelt wird.

Laut WamS liegt der Steuervorteil für iQOS im Vergleich zur Zigarette bei 72%. Bei einem erwarteten Marktanteil in Deutschland von 5% würde sich das auf jährlich bis zu 500 Mio. € an entgangenen Tabaksteuern summieren. Anders als Deutschland haben EU-Staaten wie Italien, Portugal oder Griechenland Steuern für Heated Tobacco festgelegt. Die [Slowakei](#) führt die Steuer im Mai 2017 ein.

Der VdR geht mittlerweile auf Distanz zu iQOS und hinterfragt dessen Besteuerung als Pfeifentabak. Er sorgt sich um den Steuervorteil für Pfeifentabak, da der Regulierer in der Verbrauchssteigerung zum Anlass zur Steuererhöhungen sehen kann.

Ute Mons (DKFZ) hält diese indirekte Unterstützung von PMI über die günstigere Einkategorisierung bei der Tabaksteuer für fragwürdig. Zudem: für Pfeifentabak gibt es keine Pflicht zu Bildwarnhinweisen – ein weiterer Vorteil für Heated Tobacco.

Einordnung/Empfehlung: Ein mögliches Mentholverbot in 2017 kann Heated Tobacco einen Wettbewerbsvorteil bringen. Dazu ist mit einem vermehrten Engagement von Firmen aus dem EU-Ausland zu rechnen, die weiter Menthol nutzen dürfen (z.B. kaum kontrollierbarer Paketversand). Handlungsoptionen hierzu wären: a) Ansprache von Standort-Politikern und Fachpolitikern und erneuter Hinweis auf Negativfolgen des Verbotes (z.B. weniger Attraktivität und damit weniger Tabakstopp, Produktionsverlagerung), b) Prüfung Ersatzstoff für Menthol und Absicherung, dass dieser nicht auch reguliert wird, c) Prüfung der Legalität von Re-Importen (Produktion in Deutschland für den Export und Re-Import via ausländische Tochterfirmen oder Partner) und deren politische Absicherung.

Risiko für die E-Zigarette: Sollte z.B. eine Bildwarnhinweispflicht bei Heated Tobacco kommen, ist eine Übertragung auf die E-Zigarette nicht weit entfernt. In einem solchen Szenario wäre es a) relevant, Bildwarnhinweise zu verhindern oder reine Textwarnhinweise zu erwirken bzw. b) wichtig, dass nicht Tabak-Warnbilder für die E-Zigarette verpflichtend werden.

Ein geringerer Steuersatz ist ein erheblicher Wettbewerbsvorteil für iQOS. PMI wird versuchen, seine vorteilhafte Position zu erhalten. Es wird empfohlen, im Zuge der Debatte auf der EU-Ebene um die E-Zigarettensteuer auf einen ausgewogenen „Abstand“ zu Tabak hinzuwirken. Die Differenzierung zu Tabak spielt eine wichtige Rolle. Es wird empfohlen, diese weiterhin ggü. Entscheidern zu betonen und die Entwicklungen zu beobachten.

Quelle: Hintergrundgespräch, [welt.de](#), [welt.de](#)

2.2. Bundestag

Datum: 06.12.2016

Meldung: Der tabakpolitische Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion [Rainer Spiering](#) (MdB) hat sich mit JTI in Hamburg getroffen. Dort hat JTI einen Standort mit Santa Fe Natu-

16.12.2016

ral Tobacco, die JTI übernommen hat. Santa Fe produziert mit "American Spirit" eine bekannte Zigarettenmarke ohne Zusätze. Sein Fraktionskollege Marcus Held (Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie) wurde derweil zum Schirmherren der E-Zigaretten „Intersteam“ 2017 in Berlin ernannt. Held gilt als Unterstützer der E-Zigarette.

Einordnung/Empfehlung: Die SPD ist letztlich nicht so geschlossen gegen die E-Zigarette, wie sie ggü. der Öffentlichkeit darstellt. Es wird empfohlen, bekannte Unterstützer (weiter) anzusprechen und über sie weitere Sympathisanten zu identifizieren. Das geplante Neujahrsanschreiben des BfTG an politische Stakeholder kann hierzu ein erster Schritt sein.

Quelle: intersteam.de

2.3. Bundesrat und Bundesländer

Meldung: Die neue Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV), die die Ausgestaltung von Arbeitsplätzen regelt, ist Anfang Dezember in Kraft getreten. Sie beinhaltet auch den Nichtraucherschutz. In der Novelle ist kein Total-Verbot als einzige/alleinige Maßnahme gegen die Exposition von Tabakrauch eingeschrieben worden. Der Unternehmer muss technische (z.B. Abzug) oder organisatorische Maßnahmen (z.B. Raucherbereich, Verbot) treffen. Welche, das steht in seinem Ermessen. Der Regulierer hat die Novelle nicht dazu genutzt, die E-Zigarette oder Heated Tobacco aufzunehmen.

Daneben hat die Innenraumhygienekommission (IRK) eine Stellungnahme zum E-Zigarettenrauch veröffentlicht. Die IRK spricht sich mit Verweis auf das DKFZ und mehrere internationale Studien für eine Gleichsetzung der E-Zigarette mit Tabak und damit für eine Anwendung der entsprechenden Bestimmungen aus (Verbot analog zu Rauchverboten). Sie beanstandet die Belastung durch ultrafeine Aerosole sowie mit Propylenglykol und Nikotin.

Einordnung/Empfehlung: Die Einschätzung des IRK ist eine Orientierung für Bund und Länder. Das Risiko einer Integrierung der E-Zigarette in die Nichtraucherschutzgesetze nimmt zu. Arbeitgeber haben bereits über das Hausrecht – auch ohne dezidierte Erwähnung in der ArbStättV – die Möglichkeit von Dampfverboten. Der Nichtraucherschutz der Länder ist unterschiedlich geregelt: z.B. [Niedersachsen](#) → kein Verbot; [Hessen](#), Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz → Konsumverbot analog zu Tabak.

Da einige Länder bereits jetzt die E-Zigarette beim Nichtraucherschutz gleichstellen, ist die Wahrscheinlichkeit eher gering, den Gesetzgeber durch einen Widerleg der IRK-Stellungnahme komplett umzustimmen. Zudem gilt ein „Kampf der Studien“ in dieser Situation relativ aussichtslos. Jedoch wird die Branche auch als Fürsprecher der Konsumenten wahrgenommen. Es wird empfohlen, Vorbereitungen für den Fall der Nichtraucherschutznovelle zu treffen (z.B. Positionspapiere, Stakeholdermap) und sich bei Bedarf an Multiplikatoren/Stakeholder zu wenden.

Quellen: buaa.de, springer.com

2.4. Europa, EU und EU-Staaten

Datum: 09.12.2016,

Meldung: Der US-amerikanische Gesundheitsdienst warnt in seinem ersten Bericht zur E-Zigarette vor deren Folgen für Jugendliche. Der Leiter des „United States Public Health Service“ Vivek H. Murthy sieht in dem steigenden E-Zigarettenkonsum der Jugendlichen ein

erhebliches Problem. Studien zufolge sei der Konsum jeglicher nikotinhaltiger Produkte für Heranwachsende unsicher. Dies schliesse E-Zigaretten mit ein. Murthy verweist ferner auf den Gateway-Effekt und plädiert für Konsumverbote sowie Marketingregulierungen.

Der Bericht empfiehlt zudem, E-Zigaretten sollten in die Anti-Raucher-Programme integriert und wie Tabak besteuert werden. Er warnt vor dem Passivdampfen. Hier sei mit potenziell schädlichen Chemikalien zu rechnen. Tabakgegner begrüßen die Position. [Kritik](#) kommt von Experten wie [Prof. Siegel](#) (Boston), [Dr. Farsalinos](#) und [britischen Forschern](#) sowie [Firmen](#).

Reynolds, führender Anbieter von E-Zigaretten, der aktuell vor einer Übernahme durch BAT steht, pflichtet Murthys Forderung, dass Heranwachsende keine E-Zigaretten konsumieren sollen, bei. Andere Hersteller reagierten ähnlich. Dabei weist eine Studie der [University of Michigan](#) aktuell auf ein Absinken der Dampferquote bei Jugendlichen hin.

Einordnung/Empfehlung: Derlei Berichte, an denen dutzende Autoren verschiedener Universitäten, Herausgeber und Reviewer arbeiten, gelten als „Goldstandard“ und genießen daher entsprechendes Ansehen und Wirkkraft. Der Bericht fand weltweite Beachtung. Es ist nicht auszuschließen, dass ihn deutsche Kritiker zu ihrer Argumentation heranziehen.

Gegenüber deutschen Stakeholdern und Multiplikatoren ist es auf deren Anfrage wichtig zu betonen, dass der Verkauf an Minderjährige untersagt ist und damit wesentliche Aussagen des Berichtes entfallen. Daneben wird der Verweis auf die Beanstandungen der Qualität des Berichtes durch internationale Fachleute empfohlen. Eine aktive Thematisierung birgt das Risiko einer breiteren Befassung der Medien mit dem Issue und wird derzeit nicht empfohlen.

Quelle: [surgeongeneral.gov](#) (Bericht, 300 Seiten!), [jamanetwork.com](#), [washingtonpost.com](#), [dhhs.nh.gov](#), [consumer.healthday.com](#), [consumer.healthday.com](#), [fortune.com](#), [stern.de](#), [euronews.com](#), [clivebates.com](#) (Kurz-Übersicht), [latimes.com](#)

Datum: 09.12.2016

Meldung: Das tschechische Parlament stimmte dem kontrovers diskutierten Rauchverbot in der Gastronomie zu. Sobald der tschechische Senat zustimmt, kann das Gesetz zum Juni 2017 in Kraft treten. Beobachter erwarten weitere Debatten zur Gesetzesänderung.

Einordnung/Empfehlung: Insbesondere interessant wird, ob und inwieweit Tschechien die E-Zigarette bei der Gesetzesänderung berücksichtigen wird. Tschechien holt nun die Maßnahmen der westlichen EU-Staaten nach. Die Signalwirkung ist daher eher begrenzt.

Quelle: [pharmazeutische-zeitung.de](#), [aerzteblatt.de](#), [radio.cz](#), [swp.de](#)

Datum: 08.12.2016

Meldung: Das Schweizer Ständerat (sog. „kleine Kammer“ des Parlaments) hat das umstrittene Tabakwerbeverbot abgelehnt und verlangt eine neue Gesetzesvorlage, die nur unbestrittene Elemente der geltenden Tabakverordnung wie den Kinder- und Jugendschutz umfasst (siehe Report 35). Insbesondere die konservativ-liberalen Teile des Stände- und des Nationalrates (sog. „große Kammer“, Vertretung der Kantone) lehnen Einschränkungen der Werbung im Kino oder auf Plakaten, der Verkaufsförderung und des Sponsorings ab. Unter anderem kritisieren Sie die Gleichstellung von E-Zigarette und Snus mit der Tabakzigarette.

Einordnung/Empfehlung: Die Argumentation bzgl. der E-Zigarette kann bei Stakeholdergesprächen angebracht werden. Unter den tabakfreundlichen Staaten nimmt die Schweiz als

Standort von Konzernzentralen, Forschung (z.B. [PMI](#)) und Export-Produktion eine Sonderstellung ein.

Quelle: [tagblatt.ch](#), [nzz.ch](#), [expatica.com](#), [srf.ch](#)

Datum: 07.12.2016

Meldung: Laut der EU-Statistikbehörde Eurostat war 2014 in der EU fast jeder Vierte (24,9%) ab 15 Jahren Raucher. Männer wiesen dabei einen höheren Anteil (28,7%) als Frauen (19,5%) auf. Darüber hinaus war etwas mehr als ein Fünftel (21,6%) der EU-Bürger ab 15 Jahren täglich Tabakrauch in Innenräumen ausgesetzt (Passivrauch), wobei die Belastung in Griechenland am stärksten ist (64,2%). Die Raucheranteile waren in Schweden (16,7%) und dem Vereinigten Königreich (17,2%) am niedrigsten.

Im selben Zeitraum erklärte eine US-Studie, die Gefahr eines früheren Todes sei für Menschen, die langfristig bis zu zehn Zigaretten täglich rauchen, signifikant höher als bei lebenslangen Nichtraucherern. Laut Medien liegt die erhöhte Wahrscheinlichkeit bei bis zu 84%.

Einordnung/Empfehlung: Die Statistik zeigt: Länder, in denen rauchlose Tabakalternativen wie Snus oder E-Zigaretten leicht erhältlich und mit einem positiven Image versehen sind, weisen einen geringeren Tabakkonsum auf. Ein Fakt, der die Argumentation pro E-Zigarette ggü. Stakeholdern untermauert. Jedoch bringt Eurostat erneut den Nichtraucherschutz und dessen Relevanz auf die Agenda.

Quelle: [ec.europa.eu](#), [ec.europa.eu](#), [euractiv.com](#), [nypost.com](#), [aerztezeitung.de](#), [augsburger-allgemeine.de](#), [stuttgarter-nachrichten.de](#), [aerztezeitung.de](#), [jamanetwork.com](#), [media.jamanetwork.com](#), [jamanetwork.com](#) (Studie)

Datum: 05.12.2016

Meldung: Zum Januar 2017 werden sieben EU-Staaten Steuern auf E-Zigaretten erheben. Dann stoßen Ungarn und Griechenland zu Italien, Portugal, Rumänien, Lettland und Slowenien hinzu. EU-Beitrittskandidat Serbien hat ebenfalls eine solche Steuer. Die Steuern beziehen sich auf Liquidmenge in E-Zigaretten, dem Nikotingehalt bzw. einer Mischkalkulation aus beidem. Währenddessen dauert die öffentliche Konsultation der EU-Kommission zu diesem Issue bis zum 16.02.2017 an.

Derweil kritisiert die belgische Europaabgeordnete [Frédérique Ries](#) die anstehende E-Zigarettenregulierung in ihrem Land (Report 35). Die Politikerin sieht darin die Behinderung einer alternativen Hilfe zum Tabakstopp. Derzeit warnt das belgische Giftzentrum vor dem achtlosen Umgang mit dem flüssigen Nikotin für elektronische Zigaretten. Die Zahl der gemeldeten Vorfälle hätten sich im Vergleich zu 2015 verdreifacht (2016: 100 Fälle). Die Zunahme hänge mit der steigenden Beliebtheit der E-Zigarette zusammen.

Einordnung/Empfehlung: Schon vor einer Regelung durch die EU-Kommission beginnen Mitgliedsstaaten mit der Besteuerung. Umso mehr Länder Steuersätze festlegen, desto geringer die Wahrscheinlichkeit für einen niedrigen Basissatz. Es wird empfohlen, die Aktivitäten der EU-Kommission proaktiv zu begleiten und deutsche MdEPs auf die Belange der E-Zigarette zu sensibilisieren, um bei einer Politisierung des Issues rascher agieren zu können.

Quelle: [ecigintelligence.com](#), [brf.be](#)

2.5. Fachcommunity

Datum: 15.12.2016

Meldung: Auf seiner Pressekonferenz am 14.12.2016 setzte sich Prof. Stöver (Frankfurt University of Applied Sciences) für die E-Zigarette ein. Sie ist ihm zufolge eine wichtige Alternative beim Tabakstopp. Sein Team gibt beim Gateway-Effekt Entwarnung: 2,8% der befragten Jugendlichen nutzen täglich E-Zigaretten, aber mehr als 13% rauchen täglich. Die Forscher monieren die Qualität der vorliegenden Studien zum Gateway-Effekt. Es werde dort nicht geklärt, ob Personen erst dampfen und dann rauchen würden oder umgekehrt. Für die These fehle die Datenbasis. Stöver kritisierte zudem die deutsche Gesundheitspolitik, welche die E-Zigarette mehr problematisiere als die Tabakalternative zu nutzen.

Einordnung/Empfehlung: Stövers Aussagen stützen die E-Zigarette. Es wird empfohlen, seine Aussagen an Stakeholder weiterzureichen und ihnen über den Verband eine Plattform zu geben (z.B. Pressemitteilung, Blog, gemeinsame Veranstaltung).

Datum: fnp.de, op-online.de

Datum: 12.12.2016, 01.12.2016

Meldung: Autoren um Ph.D. David Levy, Georgetown University, (Report 27, 25) haben die Tabakkontrollpolitiken von 41 Staaten untersucht und die Effektivsten identifiziert (Reihenfolge nach Erfolgsbilanz): Steuererhöhungen, Nichtrauchererschutzgesetze, Warnhinweise, Werbeverbote und Entwöhnungsprogramme.

Zeitgleich analysierten Forscher der Universität von Pennsylvania um Ph.D. Joseph Capella und Ph.D. Emily Brennan (Cancer Council Victoria, Australien). Ihnen zufolge sind Bildwarnhinweise signifikant erfolgreicher bei der Auslösung des Wunsches zum Tabakstopp (15,4%) als Textwarnhinweise (7,4%).

Zuvor trafen sich Mitglieder des EU-geförderten Programms „Tackling secondhand tobacco smoke and e-cigarette emissions“ (Report 33, 31) zum Austausch und Koordinierung ihrer Arbeit zum Thema Passivdampf. Genaue Ergebnisse wurden nicht veröffentlicht.

Einordnung/Empfehlung: Levy's Studie untermauert aktuelle Ansätze in Deutschland und Europa. Befürworter einer E-Zigarettensteuer, Werbe- und Konsumverboten finden darin weitere Argumente. Ähnlich auch die Ergebnisse zu Bildwarnhinweisen. Deren Wirkung wurde in der Vergangenheit mit dem Verweis auf parallel erhöhte Tabaksteuern angezweifelt, was Befürworter wie das DKFZ nicht aufnahmen.

Quelle: eurekalert.org, eurekalert.org, tackshs.eu

Datum: 09.12.2016, 07.12.2016

Meldung: Einige deutsche Zeitungen brachten im Untersuchungszeitraum Negativberichte über die E-Zigarette. Anlass war der Report des US Surgeon General (siehe oben). Dazu berichteten Medien zeitverzögert über Negativ-Studien u.a. die kritisierte McConnell-Studie (Report 35) und Roswell Park-Studie zu Aromen (Report 30).

Einordnung/Empfehlung: Studien aus Übersee bieten Medien immer wieder Gelegenheit zu Artikeln. Da die deutsche Öffentlichkeit die ausländischen Berichte bei deren Erscheinen so gut wie nicht wahrnimmt, können die Medien derlei Untersuchungen auch weit zeitverzögert aufgreifen und als „Neuigkeit“ darstellen. Das BfTG hat sich bereits mit einer Stellung-

16.12.2016

nahme an „Die Welt“ gewandt. Es wird empfohlen, mittelfristig die Medienarbeit proaktiver auszugestalten, um Themen vermehrt selbst zu setzen.

Quelle: stern.de, sueddeutsche.de, welt.de, mdr.de

2.6. Nikotin-Gegner und NGOs

Datum: 10.12.2016, 08.12.2016, 06.12.2016, 01.12.2016

Meldung: Die Nichtraucherinitiative Deutschland kritisiert die Blockade der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beim Tabakwerbeverbot (ÄndG TabakerzG) und macht vor allem die 22 Unionsabgeordneten aus dem Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Energie dafür verantwortlich. Sie befürchtet eine Verschiebung des Gesetzes auf die neue Legislaturperiode.

Die NGO fordert Bundestag und -regierung öffentlichkeitswirksam auf, das Rauchen im Auto im Beisein von Kindern zu verbieten. Deutschland solle [Schottlands](#) Beispiel folgen. Der „Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte“ und die „Deutsche Krebshilfe“ unterstützen das Anliegen. [Medien](#) greifen diesbezüglich eine Studie der Universität Montreal auf (Report 35).

Währenddessen fordert das „Forum Rauchfrei“ mit seiner Aktion „Warnhinweise müssen sichtbar sein“ Bürger auf, Verstöße gegen §29 TabakerzG (Verdecken von Bildwarnhinweisen, siehe Report 35) anzuzeigen. Dazu stellt die NGO Vordrucke zur Verfügung.

Einordnung/Empfehlung: Für den Bundestag gilt das sog. „[Diskontinuitätsprinzip](#)“. Das heißt, alle Gesetzesvorlagen, die vom alten Bundestag noch nicht beschlossen wurden, müssen neu eingebracht und verhandelt werden. Je nach Regierungskonstellation kann eine Neubefassung jedoch (noch) mehr zuungunsten der E-Zigarette verlaufen.

Drogenbeauftragte Mortler forderte im Sommer ein Rauchverbot im Auto (Report 29, 27). Das Thema lädt die Nichtraucherschutzdebatte zusätzlich emotional auf.

Quelle: nichtraucherschutz.de, rp-online.de, thueringer-allgemeine.de, maz-online.de, aerztezeitung.de, forum-rauchfrei.de, presseportal.de

Datum: Dezember 2016

Meldung: Die WHO hat den Schwerpunkt für den Weltnichtrauchertag 2017 vorgestellt. In diesem Jahr soll die Verbindung der Tabakkontrolle mit der Entwicklungspolitik und den Auswirkungen des Tabakkonsums auf Entwicklungsländer im Fokus stehen. Zudem fordert die WHO die Staaten auf, die Tabakkontrolle in die „[Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung](#)“ zu integrieren.

Einordnung/Empfehlung: Damit hebt die WHO die Tabakkontrolle auf eine höhere Stufe. Bereits in der Vergangenheit gab es Ansätze, Tabak über sozialpolitische Fragestellungen zu den Verhältnissen in den Anbaugebieten zu kritisieren – mit wenig Erfolg. Die Forderung reiht sich ein in das [Agendaziel nach einer guten Gesundheitsversorgung](#). Die insgesamt 17 Agendaziele gelten für alle Staaten. Sie verknüpfen das Prinzip der Nachhaltigkeit mit der ökonomischen, ökologischen und sozialen Entwicklung. Auf diese Weise bildet die Agenda eine Grundlage für eine veränderte globale Partnerschaft.

Quelle: who.int

2.7. Tabakwirtschaft und Wettbewerb

Datum: 11.12.2016, 08.12.2016, 07.12.2016

Meldung: Mit „Vype Peeble“ bringt BAT eine neue E-Zigarette auf den deutschen Markt. Sie ist aktuell unter govype.de und ab Januar 2017 auch im Handel erhältlich. BAT betont den hohen Sicherheitsstandard des Produkts. Peeble bietet zwei Nikotinstärken und sechs Geschmacksrichtungen. Währenddessen führte JTI mit „Logic LQD“ eine neue, wiederauffüllbare E-Zigarette im britischen Markt ein.

Zeitgleich hat BAT eine neue Studie herausgegeben nach der Liquid-Dampf keinen bzw. kaum Auswirkungen auf die Atemorgane hat. BAT stützt sich dabei auf Test mit Zellkulturen. Zudem stellte BAT in Versuchen fest, dass der Mensch weniger Nikotin durch E-Zigaretten aufnimmt als bei Tabak.

Währenddessen bewerten Analysten Imperials Zurückhaltung bei Heated Tobacco skeptisch. Imperial will sich nach eigenen Angaben auf die E-Zigarette (Marke Blu) fokussieren. Analysten sehen im wachsenden Heated Tobacco-Markt eine bleibende Herausforderung für Imperial, welches als einziger Tabakkonzern nicht in das Segment investiert.

Einordnung/Empfehlung: Die Tabakunternehmen führen ihr Engagement im E-Zigarettenmarkt fort. Umso wichtiger bleibt die Differenzierung von der Tabakbranche. Auffallend ist BATs Betonung der Produktsicherheit. Dies kann den aktuellen Debatten geschuldet sein und ist ein Versuch sich ggü. Wettbewerbern abzusetzen. Bei kommenden Diskussionen zum Passivdampf kann sich BAT auf Eigenstudien stützen. Derlei Studien werden aber von Stakeholder zurückhaltend beachtet. Es wird empfohlen, die Marktentwicklung weiter zu beobachten.

Imperial war bereits beim Einstieg in den E-Zigarettenmarkt zögerlich. Die Firma schwächt derzeit ihre Ausgangssituation. Sie ist mehr als andere auf den Erfolg im E-Zigarettenmarkt angewiesen – lässt aber derzeit keine Marktexploration in Deutschland erkennen. Bei einem verschärften Wettbewerb könnte daher die Reaktion umso tatkräftiger ausfallen.

Quelle: presseportal.de, eurekalert.org, cityam.com, talkingretail.com, cityam.com

Datum: 08.12.2016, 06.12.2016

Meldung: PMI hat bei der US-Aufsichtsbehörde FDA einen Antrag zur Anerkennung von iQOS als risikoreduziertes Produkt beantragt. Bei einem positiven Bescheid würden einige Werberestriktionen wegfallen. Medien zufolge wäre iQOS damit das erste Produkt, bei dem die Werbeschränkungen gelockert würden. Denn derzeit werden E-Zigaretten in den USA wie Tabakprodukte behandelt.

Derweil gerät das Unternehmen in Deutschland aufgrund seiner Parteispenden und Sponsorings in die Kritik. PMI ist der größte Parteienförderer unter den Tabakfirmen.

Einordnung/Empfehlung: Mit dem Antrag versucht PMI, das Image von iQOS als risikoarme Tabakalternative zu stärken. Sollte die FDA zustimmen, hat PMI eine weltweit beachtete behördliche Aussage, die das Unternehmen auch in Europa ggü. Stakeholdern anführen kann. PMI versucht damit ein Alleinstellungsmerkmal für iQOS zu erhalten, deren Strahlkraft größer als die Aussagen von PHE zur E-Zigarette sein dürfte. Relevant, denn PMI plant 2017 mehrere Markteintritte, wobei ein Positivbescheid der FDA hilfreich sein dürfte. PMI könnte einen FDA-Bescheid auch in der Nichtraucherschutzdebatte einbringen.

Quelle: scienceworldreport.com, tobaccojournal.com, reuters.com, lobbycontrol.de, spiegel.de, spreezeitung.de

Datum: 08.12.2016

Meldung: Die Pressemeldung des VdeH über die positive wirtschaftliche Entwicklung der E-Zigarettenbranche würde von der „ÄrzteZeitung“ zum Anlass für eine sehr kritische Betrachtung der E-Zigarette genommen. Die Zeitung weist u.a. auf den Gateway-Effekt der E-Zigarette hin und führt dafür die [McConnell-Studie](#) (Report 35) an. Ebenso werden die Forderungen des DKFZ für ein komplettes Tabakwerbverbot, was auch die E-Zigarette treffen würde, erneut wiedergegeben. Die ÄrzteZeitung, die bereits positiv über die E-Zigarette berichtete, äußert sich mit der Pressemeldung des VdeH als Aufhänger [aktuell](#) wieder kritisch.

Einordnung/Empfehlung: Die Pressemitteilung entpuppt sich, wie befürchtet, als Vorlage für Kritiker, ihre Bedenken erneut öffentlichkeitswirksam zu äußern. Das Vorurteil, die E-Zigarettenbranche mache Gewinn auf Kosten der Gesundheit der Verbraucher, kriegt so weitere Nahrung. Durch die Meldung des Branchenumsatzes von 400 Mio. € nimmt der Verband der Branche zudem dem Nimbus eines klein-mittelständischen Wirtschaftszweiges. Das Pressestatement berührt damit die gesamte Branche über die VdeH-Mitglieder hinaus.

Quelle: aerztezeitung.de, vd-eh.de

3. Termine

Chronologische Reihenfolge. Politisch relevante Termine werden **rot** markiert.

Datum	Thema	Akteur	Ort	Link
29.12.2016	Pressekonferenz zur Unternehmerumfrage: Mittelstand 2017	BVMW	Berlin	bvmw.de
13./14.01.2017	Klausurtagung des CDU-Bundesvorstands	CDU	Perl-Nennig/Mosel	cdu.de
17.01.2017	Veranstaltung zu nachhaltiger Innovationskultur	Berliner Wirtschaftsgespräche	Berlin	bwg-ev.org
18.01.2017	Neujahrsempfang	BCCG	Berlin	bccg.de/
Festlicher Abend der Deutschen Industrie 2017	Empfang des BDI	BDI	Berlin	bdi.eu

Hinweis: Links werden i.d.R. als Hyperlinks oder Kurzlinks wiedergegeben.